

9

9.

Ansprache des Volks

an seine

 e r t r e t e r.

Ein Bursuf an die vereinigte Linke

im

teutschen Parlament

zu

F r a n k f u r t a. M.

Druck und Verlag von August Stritt.

1848.

Motto: Viele sind berufen,
Aber Wenige nur auserwählet.



Es sind in der jüngsten Zeit verschiedene Ansprachen an das deutsche Volk ergangen: das Reichsministerium hat uns vielfach mit der ehernen Stimme der Reaction aus Flintenläufen und Feuererschläunden angedonnert, auch von der deutschen Central-Polizeigewalt aus dem provisorischen Reiche der Verwiesung zu Frankfurt erhielten wir eine Ansprache, die uns aber eben so wenig angesprochen hat, als die gleich anspruchsvolle des edlen Recken und biedereren Degens Wrangel in Berlin. —

Auch die „Fluchblätter“ aus der deutschen Nationalversammlung, diese welkenden Lug- und Trugblätter am verdorrten Baume der bewaffneten Reaction blies der Wind von den dürren Aesten nach allen Richtungen Deutschlands hin unter dem anspruchlosen Gewande einer diplomatischen Depeche und mit dem geheimen Reichspetschaft versehen. Unter den Fittigen und Krallen des zweiföpfigen doppelzüngigen (schwarzgelben und schwarzweißen) Raubvogels wurde die Schmach der deutschen Presse besiegelt, und das Nonplusultra pasquillanter Pfüzenerliteratur als Product der Centralisation von einem spiritus ministerialis in die Welt gesandt (d. h. von einem der edlen Söhne aus guten Familien von Darmstadt, welche in die Ministerien hinein geschmuggelt worden.) —

Betrachten wir diese Ansprachen eine um die andere und beginnen wir mit der ministeriellen, so müssen wir gestehen, daß wir sie unverantwortlich finden; die kartätschende Ansprache nämlich,

weil nicht zur rechten Zeit eingeschritten wurde, wo nicht nur das Blutbad, sondern der ganze Kravall hätte verhindert werden können; die schriftliche aber, weil die Worte: „eure Freiheit ist mir heilig“ mit dem Versammlungsverbot auf einem Flächenraume von 85 Meilen im Gevierte schlecht zusammenpassen, die Freiheit des Standrechtes und Belagerungszustandes keine Freiheit, sondern eine Unfreiheit ist, welche, so wie die Einquartirung 33 Tage lang fort dauern zu lassen das Ministerium sich die Freiheit nahm. Diese Freiheit der Reaktion war dem alten Bundestage auch heilig, ist uns aber ein unerträglicher Zustand der Tyrannei.

Was die Ansprache der Majorität der Nationalversammlung (den Ausschußentwurf) betrifft, so haben wir bis jetzt zu unserem großen Leidwesen bei dieser Versammlung von einem „beharrlichen Voranschreiten zum Ziele“ Nichts gesehen, dagegen aber ein beharrliches Stehenbleiben der Stillstandsmänner, ja einen beharrlichen Rückschritt von den Beschlüssen des Vorparlaments (z. B. in der Schleswig-Holstein'schen und Polenfrage) und von den Errungenschaften unserer März-Revolution wahrnehmen müssen. Für solche Beharrlichkeit danken wir schönstens, und müssen daher billig bezweifeln, ob unser Volk auch in dem Maße „die Gabe der Beharrlichkeit“ besitze, um Niemanden als der Nationalversammlung in ihrem dermaligen Personalbestand das Recht zur Begründung der Verfassung Deutschlands zuzugestehen. Die an Mathy, Fallati, R. Mohl, Fuchs, Bassermann, Briegleb, Neergardt, Krafft und Andere erlassene Mißtrauensvoten sprechen laut für das Gegentheil. Da nun selbst die „Fluchblätter“ es „nicht billigen können, wenn ein nach Anerkennung der Grundsätze

des Vorparlaments gewählter Vertreter späterhin bei veränderter eigener Ueberzeugung sein Mandat zur Bekämpfung eben jener Grundsätze benützen“ oder vielmehr mißbrauchen wollte, so glauben wir, daß wenigstens darüber „Deutschland sich bereits geeinigt hat,“ daß die Betreffenden „von ihren Plätzen weichen.“ —

Dagegen glauben wir nicht, daß „es für uns nur zwei Wege gibt, zwischen welchen wir die Wahl haben, entweder die blutigste Anarchie und eine unbedingte Kriegerherrschaft oder den über diesen Abgrund führenden schmalen Steeg der unbedingten Unterordnung unter die mit Jubel begrüßte und überall anerkannte Centralgewalt, und der vertrauensvollen Unterstützung der, freilich in ihren Beschlüssen nicht unfehlbaren, mit Feststellung und Sicherung unserer heiligsten Güter betrauten Nationalversammlung, in welchem ungeschwächten Vertrauen man sich durch einzelne vielleicht mißfällige Beschlüsse nicht beirren lassen dürfe.“ — Wir wissen vielmehr, daß es keine Kunst war, sich in das Vertrauen des rathlos und unerfahren gewesenen Volkes einzuschleichen, dieses Vertrauen aber eben so leicht wie gewonnen auch wieder verloren wird, und in Mißtrauen übergeht, wenn man sich dasselbe nicht zu erhalten sucht und es nicht verdient. Wir wissen ferner, daß man ein solches nicht verdient, wenn man zu seinem Schutze für jede beleidigende Kritik Zuchthausstrafe androhen zu müssen glaubt, was einem reaktionären Terrorismus à la Metternich höchstens einfallen kann, der nur durch den Schrecken herrschen will und denkt: hassen mögen sie uns, wenn sie uns nur fürchten. —

Wir haben die Ansprache der Heuler, die da fürchten müssen, bei einer Neuwahl nicht wieder

erfaren zu werden, und ihre Sige zu verlieren, gelesen, und begreifen nicht, wie dieselben von ihren Committenten, dem Volke, so schlecht und niedrig denken mögen: „die Aufregung neuer Wahlen rufe, wie jeder einsehen müsse, neue Gewaltthaten hervor und es sei nur um die Aufreizung der Masse zur Gewaltthat zu thun.“ Eine Partei, welche die Männer der Opposition im verfassunggebenden Reichskörper — „Banditenhauptide, des Volkes gefährlichste Feinde, Lügner und Wähler“ nennt, die mit „verabscheuungswerthen Plänen und Waffen und durch schändliche Künste das Volk berücken“ — die hat sich selbst gerichtet und von der bedürfen wir nicht weiter Zeugniß.

Vier Ansprachen aber haben wir erhalten, welche uns zum Herzen gesprochen haben: 1) die Ansprache des Centralausschusses der deutschen Demokraten, 2) den Abschiedsruß des Freiheitshelden Fr. Hecker, 3) die Ansprache des Clubbs der vereinigten Linken und 4) die des Bürgers Arnold Ruge an seine Wähler.

Aus der Ansprache Heckers wollen wir hier insbesondere auf den Satz Gewicht legen, daß „die Menschen die Ereignisse machen müssen, indem solche nicht vom Himmel fallen“, denn Hoffen und Harren macht manchen zum Narren, und „daß wir das Handeln nicht verlernen sollen.“ Uebrigens enthält dieses „Abschiedswort an das deutsche Volk“ eine solche Menge treffender Wahrheiten und beherzigenswerther Stellen, daß wir es in Jedermanns Händen verbreitet wünschen möchten.

(Ist beim Herausgeber dieses zu haben.)

Was sodann Eure Ansprache, die der vereinigten Linken betrifft, so müssen wir bekennen, daß sie uns nicht kräftig, nicht entschieden genug aufzutreten scheint. Bei den vielen Niederlagen der

gesinnungstüchtigen Minorität, bei der übermüthigen Brutalität, womit die Majorität Euch ihre numerische Ueberlegenheit fühlen läßt und terrorisirend das Recht des Stärkeren geltend macht, hätten wir festeres Zusammenhalten, eine energischere Sprache und entschlosseneres Handeln erwartet. Nicht allein die Annahme des dänischen Waffenstillstandes, sondern die ganze Haltung der Nationalversammlung ist es, welche dem deutschen Handel, Gewerbsverkehr und Credit tief schmerzende Wunden geschlagen und die Früchte der ruhmvollen Erhebung des deutschen Volkes geradezu aufopferte, uns in die alten verkommenen Zustände schonungslos zurückstieß, die Volksouveränität, auf deren Boden allein die Trümmer des aus innerer Unnatur und Haltlosigkeit zusammen gestürzten Völkerbaues zu einem dauernden Tempel der Zufriedenheit und des Glückes errichtet werden könnte, das freie Selbstbestimmungsrecht jeden Volksstammes mit Füßen getreten hat. Was aber nun? Euer Rühl'scher Antrag auf Anordnung neuer Wahlen wird wohl schwerlich eine andere Folge haben, als den Uebergang zur motivirten Tagesordnung, oder glaubt Ihr, daß die in siegestrunkenem Uebermuth durch das Selbstgefühl der Majorität verblendete Reactions-Partei sich das Dementi geben werde, ihr eigenes Todesurtheil zu unterschreiben, während sie sich auf ihren Bänken sicher fühlt unter dem Schutze der Kanonen des tapfern Kartätschenministers v. Peucker, und selbst dem von ihren Kommittenten laut ausgesprochenen Volksunwillen ungestraft Trotz bietet? Was wird es helfen, wenn ihr, von der Mehrzahl überstimmt, „die Grundsätze der Freiheit und Einheit Deutschlands unerschütterlich vertreten, wie bisher,“ fruchtlos und ohne Erfolg? Was mag es fruchten, wenn wir uns offen über

die Wirksamkeit unserer Vertreter aussprechen, Mißtrauensvoten senden, aus den Händen jener Abgeordneten, die uns verläugneten, die Vollmacht zurücknehmen, — wenn ein Matthy, Fallati, Fuchs u. s. w. denen ihr Mandat abverlangt worden, „nicht von ihren Plätzen weichen wollen, bis Deutschland sich geeinigt hat in einer (nach ihren Begriffen) freien Verfassung,“ wenn sie es mit ihrer Gewissenhaftigkeit und ihrem Ehrgefühl vereinigen können, der öffentlichen Meinung Hohn zu sprechen und ihren Wählern das Recht bestreiten, von ihnen zu verlangen, „daß sie das begonnene Werk aufgeben, für dessen glückliche Vollendung sie dem ganzen deutschen Vaterland verantwortlich seien?“ — Was hilft das Zurückberufen der Vertreter, wenn diese dem Rufe nicht Folge leisten? Was würde es uns helfen, den Willen der Nation kund zu geben auf legalem Wege und die Anordnung neuer directer Parlamentswahlen zu fordern, wenn wir hunderte unserer Adressen und Petitionen nach einer viertelstündigen Verhandlung per Bausch und Bogen ungelesen in den Papierkorb des Petitionsausschusses wandern oder in die Actenfazikel des Reichsarchivs begraben sehen. Wann hat denn die Majorität Eurer Versammlung von der Stimme des Volkes je Notiz genommen?

Inzwischen sehen wir die Reaktion mächtig und übermüthig ihr Haupt erheben, halb Deutschland seufzt unter der ehernen Zuchtruthe des Belagerungszustandes, unter der Geißel drückender Einguartirungslast, des Kriegsgesetzes; man heßt die leider „fremden“ Reichstruppen des einen Volksstammes gegen den anderen. Statt den Bünndestag bis in die Wurzel zu zerstören, und die Souveränität der deutschen Nation in neuen Staatsformen fest zu gestalten, wird das Recht der einzel-

nen Stämme: sich unbeschadet der Freiheit der ganzen Nation ihre Verfassungsform selbst zu wählen, durch den Militär-Despotismus uns geraubt, unser Volk im Innern mit Knechtschaft, nach Außen mit Schmach beladen und eine Armee von 900,000 Söldlingen und Schergen gegen uns aufgeboten. — Statt die Wächterin deutscher Freiheit zu werden, reißt die Reichsgewalt ihre Hand aus nach den heiligen Grundrechten der Nation, nach der Freiheit der Rede, der Presse und der Versammlung. Will nicht schon der Reichsjustizminister das Vereinsrecht unter seine specielle Obhut und Ueberwachung nehmen, ist uns nicht das Versammlungsrecht auf einem Bezirke von 85 Quadratmeilen ganz geraubt und an andern Puncten Deutschlands durch den Belagerungszustand verkümmert unter den Augen und mit dem Willen dieser entnationalisirten Nationalversammlung, ist nicht das Recht der freien Kritik durch entehrende Zuchthausstrafe bedroht?

Was bleibt uns nun übrig? Nur zwei Auskunfts-mittel giebt es, um auf friedlichem, gesetzlichem Weg unsere Volksrechte, unsere Volkssouveränität zu wahren. Wir haben unsere Volkssouveränität, welche wir in den Märztagen so theuer mit unserem Blute erkaufen mußten, keineswegs veräußert oder aufgegeben, oder Euch damit bekleidet; ihr waret nur deren momentane Träger, die Organe unseres Willens; nicht Ihr seit souverain, sondern wir; finden wir Euch als Werkzeuge unbrauchbar, wer will uns hindern, Euch zu desavouiren und andere zu Vollstreckern zu wählen, wenn Ihr, die Bevollmächtigten, unser Vertrauen nicht mehr besitzt, da nach dem Mandat-Vertrage dem Vollmachtgeber unbenommen bleibt, auch selbst Rechtsgeschäfte und gültig verbindliche Handlungen in eigenem Namen und eigener Person vorzunehm-

men, ohne Euch mehr zu fragen? Von wem habt Ihr eure Gewalt, als von uns, und steht nicht dem Gewaltgeber das Recht zu, sich die Ratification vorzubehalten? Ist er durch den Mandatvertrag nicht mehr *sui juris*, ist er dadurch mundtödt geworden und unter Vormundschaft gekommen? Keineswegs! Sollte der Mandant ganz schutz-, hülfs- und rechtlos dastehen gegen Prävarikation seines Mandatars, sollte die Vollmacht unwiderruflich sein und nie erlöschen, damit die Deserviten-Rechnung sich in unerschwingliche Höhe belaufe? —

I. Der Reichsfinanzminister v. Beckerath verlangt für die Zeit von 4 Monaten (vom 10. Oct. — 31. Dec. 1848) an Geld für die deutsche Centralregierung (Ministerbesoldungen u. s. w.) nicht mehr als: zehn Millionen, viermalhundert acht und sechzig tausend sieben hundert sechs und sechzig Gulden, welche zum Theil durch Steuern aufgebracht werden müssen; — das ist doch fürwahr ein schönes Weihnachtsangebinde für das deutsche Volk. — Das macht auf ein Jahr bloß zwei und dreißig Millionen Gulden (3 X 10,468,766 fl. — 31,406,298 fl.) was auf jeden Kopf in Deutschland mindestens einen Gulden, also für jeden Steuer-Contribuenten, wenn es als Personalsteuer ganz gleich vertheilt würde, etwa 6 Gulden jährlich ausmacht. — Wir aber verlangen von euch mit kategorischer Bestimmtheit, daß Ihr diesem gegenwärtigen Ministerium keinen rothen Heller bewilligen, sondern rundweg erklären werdet, daß Ihr demselben kein Vertrauen schenken könnt, nachdem das Volk ihm solches längst entzogen hat, dessen Stimme Ihr zu folgen habt. —

Dieß wäre das eine Auskunftsmittel! Scheint es nicht, als wolle man durch Aufhalsung dieser neuen Last, durch Deutschlands polizeiliche Centralisation

im Volke die Sehnsucht rege machen nach den vorsündfluthlichen Fleischtöpfen der ägyptischen Sklaverei unter dem seligen Bundestage und den 35 Souveränen „von Gottes Gnaden?“ Wie lange soll unsere Geduld noch mißbraucht werden, nachdem die deutsche konstituierende Nationalversammlung und die von ihr ins Leben gesetzte Mißgeburt der deutschen Centralgewalt sammt deren Kreaturen ihre Schwäche, Ohnmacht und Unfähigkeit zur Genüge bewiesen und gezeigt hat, daß sie nichts weiter zu schaffen im Stande ist, als zu den enorm hohen 35 Civillisten und Finanzbudgets hin noch ein 36tes Reichsfinanzbudget von beiläufig 32 Millionen Gulden jährlich, womit man dem Volke die Revolution und die Freiheit entleiden will. Wir können solche unerschwingliche Last nicht tragen, eines von beiden muß fallen, entweder das alte 35fache Joch der Knechtschaft und Besteuerung durch Mediatisirung aller Fürsten, oder die neue Einheitsklaverei. Die Zeit der Adressen ist vorüber, da man solche unberücksichtigt zu den Acten nimmt; auch das Fraktur Sprechen hilft Nichts. Ihr müßt handeln, von Euch verlangen wir es, denn auch mit Euren Proclamationen ist Nichts ausgerichtet und daher dem Volke schlecht gedient.

Auf den Freiheitsrausch vom Februar und März ist ein moralischer Razenjammer eingetreten, der gänzliche Erschlaffung, Apathie und Gleichgültigkeit zur Folge haben kann.

An Euch ist es diesem Zustand der Abgespanntheit durch kräftiges Auftreten zu begegnen, darum fordern wir:

II. für die von euch zu beschließende neue deutsche Reichsverfassung ein gedoppeltes Veto: Recht des Volkes. Wir werden eure Arbeit einmal dem Plazet aller deutschen Ständeversammlung

gen und Landtage und dann noch einmal dem Veto des gesammten Volkes, das in Urversammlungen Gemeindeweise darüber abstimmen wird, unterstellen.

Mehrere gegenwärtig constituirende deutsche Einzelstaaten haben dieses, auch in der Schweiz erfolgte, Auserbauen der Constitution auf demokratischer Grundlage bereits zur praktischen Anwendung gebracht, so die Regierungen der Freistädte Frankfurt, Lübeck, Hamburg, von Schleswig-Holstein, Anhalt-Bernburg u. s. w., denn dieß ist das einzige Mittel, und darin einzig und allein besteht ja gerade die demokratische Grundlage und ist dieß das unterscheidende Moment von einer aus Gnaden oktroyirten oder vertragsmäßig vereinbarten Constitution. Sollen unsere Märzerrungenschaften nicht eitel Wind sein, so muß dem Volke dieses Verwerfungsrecht um so mehr vindicirt werden, als die constituirende deutsche Nationalversammlung in ihrer großen Mehrheit, und also auch in ihrer Gesammtheit, unser Vertrauen total verscherzt hat. — Wird dann vom Volke das von Euch gegründete Verfassungswerk in den Urversammlungen verworfen, so soll der von Euch, der Minorität, vorzulegende Reichsverfassungsentwurf zur Abstimmung kommen; wenn auch dieser durchfiel, so ist damit zugleich ausgesprochen, daß Euer Mandat erloschen ist, Ihr uns eine Reichsverfassung zu geben unfähig seid, und wir binnen vier Wochen ein anderes constituirendes Parlament erwählen, das seiner Aufgabe besser gewachsen sein; das, ein reiner Ausdruck des wahren Volkswillens, diesen manifestiren, ihm Worte verleihen, ihn vollziehen und zur Ausführung bringen wird. —

Die demokratische Partei muß alle möglichen Anstrengungen machen, um den Nationalwillen, den die Nationalversammlung ignorirt, in der Ver-

fassungsfrage zur Geltung zu bringen. Dieser Wille des gesammten Volkes spricht sich in der öffentlichen Meinung durch die Presse und in Adressen aufs Unzweideutigste aus, und möge der demokratischen Partei der Nationalversammlung zur steten Richtschnur dienen. Inzwischen müßten die Führer der demokratischen Partei im Volke auch alle in ihrer Macht stehenden Mittel anwenden, durchzudringen und die Idee der Freiheit zum Siege zu bringen. Es muß daher eine Riesen-Petition an die Nationalversammlung von allen Ecken und Enden Deutschlands eingereicht werden, dahin gehend:

1) daß in der Verfassung bestimmt werde, jeder Deputirte, der ein Amt übernimmt oder ein von der Mehrheit seiner Wähler ausgehendes Mißtrauensvotum erhält, habe sofort alsogleich sein Mandat unweigerlich niederzulegen und in die Hände seiner Kommittenten zurückzugeben; sodann aber:

2) daß die neue deutsche Reichsverfassung sogleich nach ihrer Annahme in der constituirenden Nationalversammlung, den deutschen Ständeversammlungen zugestellt werde, um solche gewissenhaft zu prüfen und mit einem gedruckten Gutachten begleitet dem Volke zur Annahme oder Verwerfung vorzulegen. Diese Vorlage an die Nation hätte binnen vier Wochen nach der beschlossenen Endentscheidung darüber in der Frankfurter Versammlung in der Weise zu geschehen, daß darüber jede Gemeinde durch ganz Deutschland an einem und demselben Tage in einer Urversammlung auf gedruckten Zetteln mit „Ja“ oder „Nein“ abstimme.

Nur auf diese Weise läßt sich der Wille der Majorität des Volkes erkennen. Und die Nation wird jede Reichsverfassung verwerfen, worin nicht die

verheißenen „März-Er rungenschaften“ als „Grundrechte“ unverk ümmert gewährleistet, worin nicht „großartige Mediatisirungen“ festgesetzt, worin nicht der direkte Wahl-Modus, das Einkammersystem für das Reich sowohl, als für die Landtage der einzelnen Provinzen, höchstens ein Censensiv-Veto für die Träger der obersten Reichsgewalt, die Berechtigung der Wähler, ihre Vertreter abzu berufen und ihnen das Mandat zu entziehen, und das Recht des Volkes, eine zeitgemäße Erweiterung und Verbesserung der Reichsconstitution (Verfassungs-Revision) jeder Zeit zu beantragen und vorzunehmen, ausdrücklich ausgesprochen sind, — worin nicht die Souveränität und Majestät des Volkes jeden Artikel beseelt, und das freie Selbstbestimmungsrecht jedes einzelnen Volksstammes gewahrt und unzweideutig anerkannt ist. —

Der Weg, den Ihr einzuschlagen habt, ist, auf die hievorbezeichnete Weise eine Appellation an den gesunden Menschenverstand des Volkes herbeizuführen und wenn es Euch in den Grundrechten und der Reichsverfassung, wie sie aus der National-Versammlungs-Mehrheit hervorgeht, nicht gelingt, das Princip der Volkssouveränität, Gleichheit und Freiheit für Alle zur Geltung zu bringen, so liegt es Euch ob, einen Minoritäts-Entwurf der Grundrechte und der Verfassung auszuarbeiten und gleichzeitig mit dem der Mehrheit Erreichten der Versammlung dem Volke vorzulegen. Veruft euch dann getrosteten Muthes von der falschen Majorität der Abgeordneten auf die wahre Majorität des Volkes selbst und ihr erhaltet diese durch dessen Abstimmung in Urversammlungen über die Grundverfassung und alle die organischen Gesetze, welche die

großen Grundlagen der neuen socialen Lebens- und Staatsform feststellen. — Denn von der bankerott gewordenen alten Staatsweisheit der doctrinären Professoren können wir uns einen constitutionell-monarchischen Föderativ-Staat mit anarchischer Grundlage und monarchischer Spitze nach mittelalterlichem Zuschnitt (mit einer Kaiserpuppe etc.) nicht aufdrängen lassen, und gegen solchen Schnickschnack müßt Ihr uns sichern. —

Dies wäre es, was wir von Euch erwarten; denn die Mehrheit der Frankfurter Versammlung verläugnen wir, wie sie uns, das Volk und unsere Freiheit verläugnet hat.

Wir werden, vermittelt unserer demokratischen Vereine, möglichst dahin wirken, daß die deutschen Männer aller Stämme schon jetzt in Urversammlungen zusammentreten, um ihre Vollmacht aus den Händen jener Abgeordneten zurückzunehmen, welche uns verläugneten, und um eine Riesen-Petition durchzusetzen, worin wir die Anordnung neuer und directer Wahlen verlangen, damit durch diese der wahre Wille der Nation sich kund gebe, die Freiheit, die Einheit und der Wohlstand des Volkes gerettet werde, und durch die Möglichkeit der legalen Reform die sonst unvermeidliche Nothwendigkeit einer neuen und blutigen Revolution abgeschnitten werde.

Inzwischen möge eine in Berlin oder sonstwo zusammentretende Versammlung der oppositionellen Fractionen aller deutschen Reichstage, Landtage und Provinzial-Ständeversammlungen, worin Ihr Euch gebührend vertreten lassen werdet, ein sogenanntes Gegenparlament, in Verbindung mit dem gleichzeitig zusammentretenden demokratischen Congresse sich es zur Aufgabe machen, diesen (obenbezeichneten) Verfassungsentwurf

der Minderheit in Gemeinschaft mit Euch auszu-
arbeiten und durch den Druck zu veröffentlichen.

Wenn dann die durch Kündigung des Man-
dats von ihren Wählern zurückberufenen Frankfur-
ter Deputirten weder soviel Gewissenhaftigkeit, noch
soviel Ehrgefühl besitzen, ihren Platz Verdienteren,
Würdigeren zu räumen, so bleibt uns gar keine
Wahl übrig, als die ganze constituirende deutsche
Nationalversammlung zu verläugnen und alle De-
putirten derselben zurückzurufen, dagegen aber un-
sere getreuen Vertreter in einer Berliner oder son-
stigen oppositionellen Versammlung wahrer Volks-
männer als den alleinrichtigen Ausdruck des Na-
tionalwillens, als unsere alleinigen Mandatare, an-
zuerkennen und nur ihre Beschlüsse als gültig und
bindend für uns zu erklären. —

Nur der Sieg des demokratischen Prin-
cips kann Deutschland einig, frei und groß ma-
chen, und auf dessen Erringung müssen wir verei-
nigt lossteuern, wir, die Männer des Volkes
in geschlossener Phalanx und Ihr, die Führer
des Volkes kühn voran an der Spitze.

Darum:

Verzage nicht, du Häuflein Klein!

Das Volk steht hinter dir. —